

Übersetzungshilfe zu den Braunkohle-Aussagen im brandenburgischen Sondierungspapier

Unser Ziel ist, die Lausitz zur erfolgreichen Modellregion für Strukturwandel und Strukturentwicklung weiterzuentwickeln. Dazu gehört, dass sie eine starke Energieregion bleibt. Grundlage dafür ist für uns das Ergebnis der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ (WSB). Dieses sieht den Ausstieg aus der Kohleverstromung bis Ende des Jahres 2038, wenn die Rahmenbedingungen entsprechend sind auch schon 2035, und Revisionsklauseln vor. Dementsprechend wird es auch keine neuen Tagebaue, keine Tagebauerweiterung und keine Umsiedlung von Dörfern mehr geben.

Das bedeutet: Man erwartet, dass durch das Kommissionsergebnis Proschim von anderen gerettet wird, also durch die vorgesehenen Verhandlungen zwischen Bundesregierung und LEAG. Das Land will offenbar nicht durch Aktivitäten oder Entscheidungen dazu beitragen.

Indem Brandenburg den Braunkohlenplan aus dem Jahr 2014 in Kraft lässt, stärkt es die Verhandlungsposition der LEAG, damit ihr Proschim mit Steuergeld des Bundes abgekauft wird. Gerade das Land hätte über den Braunkohlenplan die Möglichkeit, Planungssicherheit für die Region zu schaffen, ohne Schadensersatz leisten zu müssen. Anderslautende Behauptungen hat die Landesregierung selbst in der Antwort auf eine (grüne) Anfrage im Landtag widerlegt. (Drs 6-10901) Diese Möglichkeit soll offenbar bewusst nicht genutzt werden. Entschädigungen des Bundes nutzen dabei nicht etwa der Region, sondern den Oligarchen Křetinský und Kellner.
= Fortsetzung der bisherigen Woidke-Politik, nur mit anderer Rhetorik

Den ersten von der WSB-Kommission vorgeschlagenen „Checkpoint“, d.h. die Prüfung der Entscheidungen im Lichte der weiteren Entwicklung im Jahr 2023 wird die Koalition intensiv begleiten. Dabei werden der dann erreichte Stand der Strukturentwicklung in der Lausitz, die Sicherstellung der Energieversorgung und die Energiepreise die Grundlage sein.

Das bedeutet: Es soll auch weiter keine Klarheit über die Laufzeit des Kraftwerkes Jänschwalde geben. Die Landesregierung unterstützt die LEAG im weiteren Poker um eine möglichst lange Laufzeit oder um möglichst hohe Entschädigungszahlungen. Dabei ist klar, dass ein Betrieb dieses Kraftwerkes bis Ende der 2020er Jahre mit dem Klimaschutz unvereinbar ist und die Region sich auf jedes frühere Aus für das Kraftwerk rechtzeitig einstellen muss. Mindestens eins von beidem wird bei diesem Pokerspiel unter die Räder kommen.
= Fortsetzung der bisherigen Woidke-Politik

Das Strukturstärkungsgesetz ist die Voraussetzung für einen gelingenden Strukturwandel in der Lausitz. Die Sondierungsparteien erwarten die von der Bundesregierung zugesagte 1:1 Umsetzung der Ergebnisse der WSB-Kommission. Strukturstärkungsgesetz und Kohleausstiegsgesetz sind gemeinsam zu betrachten. Die Sondierungsparteien erwarten, dass die Bundesregierung den Entwurf für ein Kohleausstiegsgesetz möglichst schnell vorlegt.

Das bedeutet: Es soll konkrete Strukturhilfen für einen nicht konkret bekannten Kohleausstiegspfad geben. Denn die für die Lausitz beim Kohleausstieg entscheidendsten Fragen hat der Bericht der Kommission – gerade auf Druck der Landesregierung – offengelassen. Das betrifft die Laufzeit des Kraftwerkes Jänschwalde genauso wie die Zukunft bedrohter Dörfer. Wie sollen gar nicht vorhandene Ergebnisse 1:1 im Kohleausstiegsgesetz umgesetzt werden?
= Fortsetzung der bisherigen Woidke-Politik

Die Sondierungsparteien bekennen sich - unter Beachtung der Umweltaanforderungen - zur geordneten Fortführung des Tagebaus Jänschwalde gemäß Braunkohleplan.

Das bedeutet: Die Forderung der betroffenen Gemeinde Schenkendöbern nach Verkleinerung des Tagebaues soll ohne inhaltliche Prüfung abgelehnt werden. Interessanterweise schafft man es hier im Unterschied zu Proschim, sich konkret auf den Braunkohlenplan zu beziehen.
= Fortsetzung der bisherigen Woidke-Politik